

**Gemeinsame Arbeitstagung
der Fachverbände der Kämmerer in Niedersachsen, Schleswig-
Holstein und Nordrhein-Westfalen**

am 8. und 9. Juni 2006

im Konzerthaus Bad Pyrmont



**Thema der Tagung:
„Quo vadis Gemeindesteuern?
Aktuelle Modelle für eine Gemeindesteuerreform“**

1. Tagungstag – 08. Juni 2006

In Vertretung des Vorsitzenden des Fachverbandes der Kämmerer in NRW, Stadtkämmerer Ernst Schneider (Solingen), eröffnete die Vorsitzende des niedersächsischen Verbandes, Frau Erste Gemeinderätin Antje Hanisch (Jork), um 14.30 Uhr die Veranstaltung und begrüßte die Mitglieder und zahlreichen Gäste aus Politik, Verwaltung und der Finanzwirtschaft. Einen besonderen Dank richtete Sie an die 10 Teilnehmer der begleitenden Fachaussstellung im Foyer des Konzerthauses Bad Pyrmont, die durch Ihre Präsentationen die Arbeitstagung aufwerteten und sich durch Sponsorenbeiträge an den Gesamtkosten beteiligten. In ihrer kurzen Begrüßungsrede wies Frau Hanisch weiter darauf hin, dass die finanzielle Situation der Gemeinden desaströs und die für 2003 geplante Gemeindefinanzreform praktisch gescheitert sei. Herzliche Worte der Begrüßung fand der Bürgermeister der Stadt Pyrmont Klaus-Henning Demuth für die 120 Verbandsvertreter, der auch die schwierige Situation der Stadt nach den Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre schilderte. Er betonte die Wichtigkeit von Investitionen in die Infrastruktur eines Heilbades, wenn dessen Konkurrenzfähigkeit auf Dauer gesichert bleiben soll.

Anschließend übernahm die 1. Beigeordnete und Stadtkämmerer Rainer Strotmeier (Lippstadt), 1. stellvertretender Vorsitzender des NRW-Verbandes, die weitere Sitzungsleitung und stellte mit Bedauern fest, dass Prof. Dr. Manfred Neumann vom Institut für internationale Wirtschaftspolitik, der das **Modell des Kronberger Kreises** vorstellen sollte, kurzfristig verhindert war.

Das **Modell der Stiftung Marktwirtschaft** wurde durch Prof. Dr. Jörg M. Mössner vom Institut für Finanz- und Steuerrecht an der Universität Osnabrück präsentiert (siehe auch www.kaemmerer-nrw.de). Der Vorschlag der Stiftung beinhaltet folgende Elemente: Reform der Grundsteuer nach dem Modell der Länder Bayern und Rheinland-Pfalz, Ersatz des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer durch eine Bürgersteuer mit Hebesatzrecht auf das Einkommen der Wohnbevölkerung und Abschaffung der Gewerbesteuer. Diese soll ersetzt werden zum einen durch eine rein gewinnabhängige Unternehmensteuer mit Hebesatzrecht und zum anderen durch eine kommunale Beteiligung am Lohnsteueraufkommen (ohne Hebesatzrecht).

Das **Modell der Bertelsmann-Stiftung** wurde durch Prof. Dr. Martin Junkernheinrich vom Lehrstuhl für Kommunal- und Regionalpolitik der Westfälischen Wilhelms – Universität

Münster referiert. Es besteht aus folgenden Teilen: Umbau der Grundsteuer auf der Grundlage aktueller Werte und des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer in eine kommunale Bürgersteuer mit Hebesatzrecht sowie Ersatz der Gewerbesteuer durch eine kommunale Wirtschaftsteuer mit Hebesatzrecht. Von dieser sollen auf einer breiteren Bemessungsgrundlage (incl. Mieten, Pachten, Leasingraten, volle Schuldzinsen) alle Unternehmen und wirtschaftlich tätigen Personen (also auch die Freiberufler) erfasst werden.

Die **Vorstellungen des Bundesfinanzministeriums** stellte Ministerialrat Carsten Thies vor, der leider im Wesentlichen nur auf die Vereinbarung der großen Koalition verweisen konnte, dass eine Reform des Unternehmensteuerrechts zum 1. 1. 2008 in Kraft treten soll, da entgegen dem bisherigen Zeitplan die Bundesregierung ihre Pläne noch nicht veröffentlicht hat.

Die vorgestellten Modelle wurden anschließend unter der Moderation von Rainer Strotmeier unter allen Referenten und mit dem Plenum lebhaft diskutiert.

2. Tagungstag – 09. Juni 2006

Die Tagungsleitung für den 2. Teil der Arbeitssitzung übernahm der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Fachverbandes Ernst Schneider. Er eröffnete um 9.30 Uhr die Tagung und begrüßte die Referenten MdB Frank Schäffler (FDP), MdB Klaus-Peter Flosbach (CDU), Claudio Struck, Fraktionsmitarbeiter von Bündnis 90/Die Grünen aus dem Büro der Abgeordneten Kerstin André MdB und Christian Geiger, Referent beim Deutschen Städtetag, die anschließend die von Ihren Organisationen vertretenen Auffassungen vortrugen.

Von der **FDP** wird bei Abbau der Gewerbesteuer ein erhöhter Anteil an der Umsatzsteuer sowie ein Hebesatzrecht auf die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer vorgeschlagen. **Bündnis 90/Die Grünen** wollen den kommunalen Anteil an den Sozialausgaben begrenzen, die gemeindliche Daseinsvorsorge auf die Kernbereiche beschränken und von der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet als Verfassungsprinzip abkommen; sie fordern als Leitbild die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensverhältnisse. Für die Unternehmensbesteuerung wird eine Senkung von bisher 39% auf 30% angestrebt, aber keine Abschaffung der Gewerbesteuer. Auf Zinsen soll ein Steuersatz von 30%, auf Dividenden ein solcher von 15% angelegt werden.

Der Vertreter der **CDU** schlug kein neues Modell vor. Die von Christian Geiger vorgetragene Vorschläge des **Deutschen Städtetages** laufen auf die von Hanns Karrenberg (Das Vier-Säulen-Modell der Stiftung Marktwirtschaft aus städtischer Sicht, in GemH 2/2006 S. 25 ff) hinaus: Eine deutlich stetigere Entwicklung der städtischen Steuereinnahmen; eine erhebliche Stärkung der Steuerkraft strukturschwacher Städte; die ungeschmälerterte Erhaltung des finanziellen Bindegliedes zwischen der Wirtschaft und Ihren Hauptstandorten, den Städten; die ungeschmälerterte Gewährleistung unverzichtbarer finanzieller Handlungsspielräume durch das Hebesatzrecht bei der wirtschaftsbezogenen Gemeindesteuer.

Zum Abschluss der Veranstaltung und als Ergebnis der Vorträge und Diskussionen wurde von den versammelten Kämmerern die bereits veröffentlichte Resolution zur Zukunft der Gewerbesteuer (siehe auch GemH 6/2006 S. 135 und www.kaemmerer-nrw.de) verabschiedet.

Im seinem Schlusswort bedankte sich der Vorsitzende des Fachverbandes NRW Ernst Schneider - auch im Namen der Verbände Niedersachsen und Schleswig-Holstein - bei allen Referenten für ihre Teilnahme, bei Herrn Stadtkämmerer Weber für die freundliche Unterstützung und Gastfreundschaft der Stadt Bad Pyrmont und bei Geschäftsführer Hähle für die gute Vorbereitung der Veranstaltung, wünscht allen Teilnehmern eine gute Heimfahrt und schließt die Arbeitstagung gegen 13.00 Uhr.